

EDITORIAL

Am 17. April 2012 jähren sich zum dreißigsten Mal die „Heimholung“ (*patriation*) der kanadischen Verfassung aus London und die gleichzeitig darin erfolgte Verankerung einer Charta der Rechte und Freiheiten (*Canadian Charter of Rights and Freedoms*). Im Laufe dieser dreißig Jahre wurden die Verfassung und insbesondere die Charta der Grundrechte neben der offiziellen Zweisprachigkeit und dem öffentlichen Gesundheitswesen zu den vielleicht wichtigsten Symbolen der kollektiven Identität Kanadas sowie zur Grundlegung gemeinsamer Werte in einer multikulturellen Gesellschaft. Die Gesellschaft für Kanadastudien in den deutschsprachigen Ländern, einzelne Mitglieder der Gesellschaft aus unterschiedlichen Sektionen und nicht zuletzt die *Zeitschrift für Kanada-Studien* haben sich in Tagungen und Aufsätzen seit Jahrzehnten aus multidisziplinärer Perspektive immer wieder mit Fragen beschäftigt, die sich aus der 1982 patriierten und um den Grundrechtekatalog erweiterten Verfassung Kanadas ergaben. Dabei ging und geht es u. a. um folgende Fragen: Wie haben die Verfassungsdebatten die kanadische Identität geformt? Haben die Verfassung und die Grundrechtecharta die kanadische Demokratie und den kanadischen Föderalismus gestärkt oder geschwächt? Was bedeuten Verfassung und Grundrechtecharta insbesondere für Frauen, Ureinwohner und sprachliche, ethnische und „sichtbare“ Minderheiten, für religiöse Gruppen und neue eingewanderte Kanadier? Welche Rolle spielen die Gerichte bei der Auslegung der Verfassung und wie sehr hat die Grundrechtecharta die kanadische Justiz verwandelt? Die Kritik an der kanadischen Verfassungsentwicklung wurde dabei keineswegs ausgespart¹.

Obwohl eine Mehrheit der Kanadierinnen und Kanadier heute eine befürwortende Haltung gegenüber der Verfassung und der Charta einnimmt, deuten Kritiker den umstrittenen Heimholungsprozess der Verfassung von 1982 als auch die hervorgehobene Stellung der Grundrechtecharta als Phänomene gesellschaftlicher Spaltung. Ein noch immer aktueller Kritikpunkt besteht z. B. darin, dass Quebec die Verfassung bis zum heutigen Tag nicht unterzeichnet hat. Dieser Makel sollte durch die Verfassungsreformen von Meech Lake (1987-1990) und Charlottetown (1992) beseitigt werden, welche Quebec explizit als „besondere Gesellschaft“ innerhalb Kanadas anerkannt hätten, doch beide Reformversuche scheiterten im Ratifizierungsverfahren entweder an Widerständen in einigen Provinzen – so Meech Lake in den „Landtagen“ von Manitoba und Neufundland – oder durch mangelnde Zu-

1 Die von der Sektion Politikwissenschaft und Soziologie auszurichtende GKS-Jahrestagung 2013 wird sich dem Thema „Peace, Order, and Good Government – Kanada, eine konservative Gesellschaft?“ widmen.

stimmung einer Bevölkerungsmehrheit – so Charlottetown in einem nationalen Referendum im Oktober 1992. Befürchtungen, die Grundrechtecharta könne die Vielfalt des kanadischen Föderalismus höchstgerichtlich einschränken, stehen bis heute in der Diskussion.

Unbestritten ist, dass die Grundrechtecharta und die auf ihrer Grundlage erfolgte höchstrichterliche Rechtsprechung das Verhältnis von Recht und Politik in Kanada während der letzten dreißig Jahre neu justiert hat. Nach wie vor gibt es Kritiker, die den vermeintlichen Vorteilen einer ungeschriebenen Verfassung nachtrauern. Diese Kritiker, die sowohl auf der politischen Rechten wie der politischen Linken beheimatet sein können, beanstanden aus unterschiedlichen normativen Gründen, dass insbesondere die Grundrechtecharta und das auf ihr beruhende höchstrichterliche Prüfungsrecht zu einer politischen Machtverschiebung von der gesetzgebenden und exekutiven Gewalt hin zur judikativen Gewalt geführt hat, die der britisch-kanadischen Doktrin des Parlamentsvorrangs zuwiderläuft.

Andererseits liegt für die Befürworter einer robusten Grundrechtecharta und einer starken Verfassungsgerichtsbarkeit der Sinn dieser Maßnahmen gerade darin, Regierungen in Bund und Provinzen, die sich auf temporäre parlamentarische Mehrheiten stützen, an der Einschränkung von Grund- und Bürgerrechten auch dann zu hindern, wenn die Einschränkungen politisch mehrheitsfähig sind und wenn sie in außergewöhnlichen Zeiten zur Bekämpfung außerordentlicher Bedrohungen getroffen werden. Eine solche Bedrohungslage war mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA auch für Kanada gegeben und führte in den Folgejahren zur Verabschiedung einer Reihe von sicherheits- und grundrechtsrelevanten Antiterrormaßnahmen durch die kanadische Regierung.

Im Kontext dieser nicht nur in Kanada seit dem 11. September 2001 mit neuer Vehemenz geführten Debatte zum Spannungsverhältnis zwischen von demokratisch legitimierten Instanzen erlassenen Sicherheitsmaßnahmen einerseits und von den Gerichten zu verteidigenden Grund- und Bürgerrechten andererseits ist der rechtspolitische Beitrag von *Susanne Schorpp* in diesem Heft angesiedelt. Schorpps Untersuchungsdesign ist sowohl quantitativ als auch qualitativ angelegt. Sie untersucht anhand einer Vielfalt von sicherheitsrelevanten Fällen, die vom Obersten Gerichtshof Kanadas vor und nach dem 11. September 2001 verhandelt und entschieden wurden, inwieweit sich die Regierungsposition in sicherheitsrelevanten Fällen nach den Terroranschlägen häufiger gerichtlich durchsetzen konnte als zuvor. Das Resultat der quantitativen Analyse, das an dieser Stelle nicht vorweggenommen werden soll, wird viele Leser überraschen. Auf einer zweiten, qualitativen Ebene befragt Susanne Schorpp ausgewählte juristische Eliten in Kanada nach deren Wahrnehmung der höchstrichterlichen Urteile zu sicherheitsrelevanten Fragen und zur möglichen Einschränkung von Grund- und Bürgerrechten in Kanada. Auch hier überrascht der Beitrag mit einem relativ eindeutigen Befund. Susanne Schorpps Aufsatz trägt mit dazu bei, die häufig emotional und normativ geführte Debatte um Sicher-

heit einerseits und bürgerliche Freiheiten andererseits auf eine nüchterne empirische Grundlage zu stellen.

Mit zwei französischsprachigen Artikeln aus der romanistischen Sprach- wie Literaturwissenschaft, einem fachdidaktischen Aufsatz zur Diskursanalyse kanadischer Texte im modernen Fremdsprachenunterricht und einer Untersuchung zum Werk des kanadischen Dramatikers Brad Fraser decken die Beiträge aus den Kulturwissenschaften im vorliegenden Heft wieder eine inhaltlich breite und methodisch vielfältige Palette der Kanada-Studien ab.

Den Auftakt bildet der Beitrag von *Kristin Reinke* und *Luc Ostiguy*, der aus einer soziolinguistischen Perspektive das Phänomen der zweifachen Synchronisation englischsprachiger Filme in Quebec untersucht, die sowohl ins Kontinentalfranzösisch wie auch in die Quebecer Varietät übersetzt werden. Obwohl diese Maßnahme darauf zurückgeht, dass Quebec hiermit seine kulturelle und linguistische Einzigartigkeit und Unabhängigkeit behaupten will, orientiert sich die Synchronisation in der Quebecer Version überraschenderweise doch am soziokulturellen Bezugsrahmen der englischen Originalversion, z. B. Fernsehshows oder Musicals, und legt eine ‚internationalere‘ Version des Französischen vor, wie die Autoren in ihrer detaillierten Studie zeigen können. So zeichnet der Essay zunächst ein sprachliches Portrait der beiden Varietäten und erläutert dann, wie und warum Quebec zwar auf einer Quebecer Version bei der Synchronisation amerikanischer Filme besteht, in dieser dann aber vom alltäglichen Sprachgebrauch des Französischen in Quebec abweicht.

Während die Beiträge des letzten Heftes sich mit der Frage des postkolonialen Diskurses in anglophonen kanadischen Texten und ihren diversen historischen und kulturellen Kontexten auseinandergesetzt hatten, geht *Marie Carrière* in dieser Ausgabe auf postkoloniale Debatten in Quebec ein. Aufgrund der besonderen Stellung Quebecs im kanadischen Nationalstaat rufen postkoloniale Fragestellungen und Diskurse im kulturellen Zusammenhang Quebecs zusätzliche Fragen auf, etwa danach, wer der Kolonisator und wer der Kolonisierte ist oder wann von einem postkolonialen Zeitalter zu sprechen ist. Die Autorin geht auch auf poetologische Kontexte ein, indem sie grundsätzlich untersucht, welche formellen Eigenheiten postkoloniale Theoreme in literaturwissenschaftlichen frankophonen Texten hervorgebracht haben, und dies dann konkret an Marie-Célie Agnans *Le livre d'Emma* darlegt.

*Matthias Merkl*s Aufsatz zu zwei Kurzgeschichten des indigenen Autors Thomas King widmet sich übergreifend der Frage des inter- und transkulturellen Lernens und untersucht kulturelle Aspekte und Kompetenzen bei der Vermittlung fremdsprachiger und fremdkultureller Texte im Unterricht. Die Kategorie der kulturellen Kompetenz, die es den Lesern ermöglichen soll, fremdsprachige Texte einzuordnen und zu verstehen, habe sich in den letzten Jahren unter dem Einfluss der Diskursanalyse maßgeblich verändert, so Merkl. Während frühere Studien kulturelle Kompetenz

weitestgehend homogen und vor dem Hintergrund der eigenen Kultur betrachten, bezieht Merkl sich in seiner Analyse von Kings Kurzgeschichten auf Ansätze, die konträre Perspektiven der Zielkultur deutlich machen. Merkl zeigt auf, dass Thomas King dominante westliche Diskurse dekonstruiert, indem er ihnen alterNative Diskurse gegenüberstellt. Der nicht-indigene Leser von Kings Texten wird sich seiner kulturellen Außenseiterposition hierdurch bewusst und muss als fremdsprachiger Rezipient in seiner Lese- und Kulturkompetenz ständig verschiedene und widerstreitende Positionen verhandeln.

In seinem Beitrag zu Brad Frasers „Theatre of Alienation“, wie er es im Titel nennt, stellt René Schalleger das Werk dieses kanadischen Gegenwartsdramatikers in den Kontext kanadischer Literaturtheorien von Northrop Frye, Margaret Atwood und Linda Hutcheon. Schalleger benutzt diesen theoretischen Rahmen, um zu zeigen, dass Frasers Stücke die grundlegenden Konventionen des epischen Theaters umschreiben, um zu einem erfahrungs- und handlungsorientierten Theater zu gelangen. Während das Drama Brechts oder Piscators didaktisch an den Intellekt appelliert habe, fordere Frasers Theater nach Auffassung Schalleegers zu emotionaler Komplizenschaft auf, da der Zuschauer eine emotionale Verbindung zu den entfremdeten Charakteren der Stücke entwickle. Schalleger geht hierbei genauer auf die beiden Stücke *Love and Human Remains* sowie *True Love Lies* ein und untersucht im Rückgriff auf literatur- und kulturtheoretische Debatten, inwiefern sich in den Stücken eine „truly Canadian voice“ manifestiert, die Fraser nach Ansicht Schalleegers aber nicht mehr in einem kanadisch-nationalen, sondern in einem universell-humanistischen Gesamtzusammenhang situiert.

Caroline Rosenthal

Martin Thunert

Doris G. Eibl